

Medienmitteilung vom 16. Dezember 2013

Thema	Kantonaler Richtplan Kapitel 4.7.1 Flughafen Zürich Nein zu gescheiterten Richtplanrevision zum Flughafen Zürich
Für Rückfragen	Thomas Wirth, Kantonsrat, Mitglied KPB, 078 720 19 05 Benno Scherrer, Fraktionspräsident, 077 445 44 49
Absender	Grünliberale Kantonsratsfraktion

Nein zur gescheiterten Richtplan Revision zum Flughafen Zürich

Die Grünliberalen lehnen die von der Kommission veränderte Revision des Richtplans zum Flughafen Zürich ab, weil das Kernelement der Vorlage, die Abgrenzungslinie ad absurdum geführt wurde. Zusätzlich findet auch noch eine problematische Verknüpfung mit der Pistenverlängerung statt, weshalb die Grünliberalen die gescheiterte Revision ablehnen. Mit der Richtplanrevision verfolgte der Kanton Zürich eine eigentlich sinnvolle Idee: Mit der Einführung einer Abgrenzungslinie sollte Rechtssicherheit im Baubereich für die Gemeinden geschaffen und die Bevölkerung vor übermässigem Fluglärm geschützt werden. Die Mehrheitsanträge der Kommission lassen es aber zu, dass die Abgrenzungslinie mit der Entwicklung des Flughafen Zürichs atmen kann. Damit wird das Ziel klar verfehlt und das neue Instrument der Abgrenzungslinie ad absurdum geführt.

Der Fluglärm vom Flughafen Zürich und die lärmrechtlichen Vorschriften des Bundes führen in den Flughafengemeinden zu viel Unmut. Notwendige Gebäudesanierungen werden verhindert oder erschwert und bestehende Baulücken können nicht genutzt werden. Mit der Schaffung einer Abgrenzungslinie wollte der Regierungsrat Rechtssicherheit schaffen und verbindliche Regelungen für die bauliche Entwicklung in den betroffenen Gebieten festlegen. Diese an und für sich gute Idee wurde im Verlaufe der Diskussionen verwässert. Die Abgrenzungslinie, wie sie die Kommissionsmehrheit fordert, kann sich der Flughafenentwicklung anpassen. Das heisst, sie atmet mit den Flugbewegungen und der Lärmentwicklung und kann sich bei Bedarf ausdehnen. Damit ist das Ziel der Rechtssicherheit gescheitert. Es gibt keine Garantien, dass ein Grundstück, das morgen ausserhalb der Abgrenzungslinie liegt, übermorgen nicht plötzlich innerhalb der Abgrenzungslinie zu liegen kommt und dann doch nicht mehr überbaut werden darf. Die Grünliberalen werden sich dafür einsetzen, dass die Abgrenzungslinie nur nach innen angepasst werden kann. Damit würde die gewünschte Rechtssicherheit für die Gemeinden geschaffen.

Mit der gleichen Vorlage soll zudem auch noch die Pistenverlängerung des Flughafen Zürichs im Richtplan verankert werden, welche die Grünliberalen ablehnen. Insgesamt ergibt dies eine unverdauliche Richtplanrevision. Keine wirkliche Rechtssicherheit für die betroffenen Gemeinden, dafür eine Pistenverlängerung für ein ungebremstes Wachstum des Flughafen Zürichs. Mit diesen Voraussetzungen ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Abgrenzungslinie nach aussen verschoben wird und zusätzliche Rechtsunsicherheit bei den fluglärmbelasteten Gemeinden schaffen. Die Grünliberalen lehnen diese gescheiterte Revision ab.